Regelungen zum BTHG durch das SGB IX und XII - Änderungsgesetz

Der Bundestag hat am **17.10. 2019** ein Änderungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz (BTHG), das „Gesetz zur Änderung des Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Rechtsvorschriften“, beschlossen.

Der Bundesrat hat dem Änderungsgesetz am 8. November 2019 zugestimmt.

Durch das BTHG vom Dezember 2016 werden die Leistungen die Eingliederungshilfe zum 1.1.2020 aus dem SGB XII in das SGB IX – Rehabilitations- und Teilhaberecht - überführt. Mit diesem Systemwechsel müssen die bislang in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe erbrachten Komplexleistungen nach Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen getrennt betrachtet werden, da der Träger der Eingliederungshilfe künftig nur noch die Fachleistungen finanziert, während gegebenenfalls erforderlich existenzsichernden Leistungen von den Sozialämtern erbracht werden.

Das SGB IX und XII - Änderungsgesetz beinhaltet unter anderem folgende „Reparaturen“ des BTHG:

Berechnung und Zuständigkeit für die Zahlung der KdU

Die Neuformulierung [§ 42a \[5\] SGB XII](#) stellt klar, dass für Bewohnerinnen und Bewohner besonderer Wohnformen bei der künftigen Berechnung der anzuerkennenden Kosten der Unterkunft die durchschnittlichen angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für die Warmmiete eines Einpersonenhaushalts des Ortes zugrunde zu legen ist, in dem die besondere Wohnform liegt.

Dies ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn ein anderer Grundsicherungsträger gem. [§ 98 \[2\] SGB XII](#) zuständig ist.

Die Übernahme der diesen Betrag übersteigenden Wohnkosten um bis zu 25 % wird von der Ermessensleistung zur gebundenen Entscheidung („sind [...] anzuerkennen“).

Anspruchsnorm für Wohnkosten von mehr als 125%

Für den auch diesen Betrag noch übersteigenden Teil der Wohnkosten wird in einem neuen Abs. 5 des [§ 113 SGB IX](#) geschaffen. Sofern dies wegen der besonderen Bedürfnisse von Personen mit Behinderungen im Einzelfall erforderlich ist und eine entsprechende schriftliche Vereinbarung besteht, werden die oberhalb der Angemessenheitsgrenze des § 42 a [6] SGB XII liegenden Aufwendungen für Wohnraum als Leistungen der sozialen Teilhabe übernommen. Dadurch haben auch Personen, die nicht auf Leistungen der Grundsicherung nach SGB XII angewiesen sind, unter den genannten Voraussetzungen Anspruch auf eine Art „Mietzuschuss“, wenn sie in besonderen Wohnformen leben und ihre Warmmiete 125 % der örtlichen Angemessenheitsgrenze übersteigt.

Keine Änderung der örtlichen Zuständigkeit für Bewohner*innen besonderer Wohnformen

Mit der Anfügung des Satzes 4 an [§ 46 b SGB XII](#) wird klargestellt, dass für Bewohner*innen besonderer Wohnformen die örtliche Zuständigkeit für Grundsicherungsleistungen der örtlichen Zuständigkeit für die Leistungen der Eingliederungshilfe folgt.

Zuständig ist mithin der für den letzten Wohnort vor dem Einzug in die besondere Wohnform zuständige Grundsicherungsträger.

Übergangsregelung zur Verhinderung einer Zahlungslücke für Rentenberechtigte mit ergänzender Grundsicherung und für Selbstzahler

Mit § 140 SGB XII neu wird eine Übergangsregelung zur Verhinderung einer Zahlungslücke eingeführt:

Von der Trennung der Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen sind auch die Zahlungen von Renten der gesetzlichen Rentenversicherung betroffen. Diese werden ab 2020 nicht mehr an den SGB XII-Träger im Rahmen einer Rentenüberleitung gezahlt, sondern auf das Bankkonto der Leistungsberechtigten. Hier würde sich eine Zahlungslücke ergeben, da die erste Rentenzahlung auf das Bankkonto der Leistungsberechtigten erst Ende des Monats erfolgt und somit zur Bedarfsdeckung in diesem Monat noch nicht zur Verfügung steht.

Zur Vermeidung der Zahlungslücke erhält das SGB XII eine Übergangsregelung für all diejenigen, die zum 1.1.2020 Leistungen der Eingliederungshilfe nicht mehr nach § 27b SGB XII (Leistungen in Einrichtungen) sondern nach dem SGB IX erhalten.

Bei ihnen wird in dem Monat im ersten Quartal 2020, in dem die Rente erstmals auf ihr Bankkonto gezahlt wird (Umstellungsmonat), diese Rentenzahlung nicht auf Leistungen für den Lebensunterhalt nach dem 3. oder 4. Kapitel SGB XII angerechnet.

Gleiches gilt für andere zum Monatsende gezahlte Einnahmen, die bisher zur Finanzierung der Eingliederungshilfe vom Sozialhilfeträger übergeleitet worden sind.

Ebenso wenig werden laufende Renten auf die Hilfe zum Lebensunterhalt durch die Träger der Kriegsopferfürsorge angerechnet (Übergangsregelung in § 88 BVG).

In § 140 [2] SGB XII neu wird zudem für die Gruppe von Personen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen, die ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln decken können (Selbstzahler*innen), ein Zuschuss im Umstellungsmonat eingeführt. Die Höhe des Zuschusses ergibt sich hier aus den zu Beginn des Umstellungsmonats nicht gedeckten Aufwendungen für den Lebensunterhalt in der besonderen Wohnform und ist auf die Höhe der zufließenden Einkünfte begrenzt.

Der zuständige Grundsicherungsträger muss von der Höhe der Differenz durch Vorlage geeigneter Unterlagen informiert werden.

Diese Übergangsregelung zur Vermeidung der "Rentenlücke", von der nun auch die "Selbstzahler" erfasst sind, wurde aus dem Entwurf zum Angehörigen-Entlastungsgesetz herausgenommen und bereits mit diesem Gesetz beschlossen.

Vergünstigungen der §§ 223 und 224 SGB IX gelten nicht für andere Leistungsanbieter

Die Ergänzung in Nr. 7 des [§ 60 \[2\] SGB IX](#) stellt klar, dass die für Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) geltenden Vergünstigungen der Anrechenbarkeit von Aufträgen auf die

Ausgleichsabgabe (§ 223 SGB IX) und die bevorzugte Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand (§ 224 SGB IX) für andere Leistungsanbieter nicht gilt.

Kein Tätigwerden des Fachausschusses im Gesamtplanverfahren

In § 2 [1a] [Werkstattverordnung](#) (WVO) wurde bereits durch Art. 19 Abs. 17 [BTHG](#) geregelt, dass ein Tätigwerden des Fachausschusses unterbleibt, soweit ein Teilhabeplanverfahren nach den [§§ 19 bis 23 SGB IX](#) durchgeführt wird.

Hier wird durch das Änderungsgesetz angefügt, dass dies auch gilt, wenn ein Gesamtplanverfahren durchgeführt wird.

Quellen:

<https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/service/aktuelles/sgb-ix-sgb-xii-aenderungsgesetz/>

<https://www.der-paritaetische.de/fachinfos/detailseite/bthg-sgb-ix-aenderungsgesetz/>